

Erika Steinbach

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 20(17)48

3. April 2023

Öffentliche Anhörung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

15. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

Schriftliche Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

der 15. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik umfaßt beeindruckende 283 Seiten.

Fein säuberlich in vier Kapitel gegliedert.

- Das erste Kapitel beleuchtet den „Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung 2023-2024“. Also Gegenwart und Zukunft.
- Im zweiten Kapitel werden die „Menschenrechte in Deutschland“ dargestellt.
- Danach werden die Ziele der „Menschenrechte in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik“ postuliert und
- letztendlich werden ausgewählte Länder und deren Menschenrechte unter die Lupe genommen, nicht ohne darauf hinzuweisen wie lobenswert Deutschland versucht, dort Besserung zu erreichen.

Die Einleitung zu diesem Bericht über die deutsche Menschenrechtspolitik durch die Bundesministerin des Auswärtigen enthält alle Schlagworte GRÜNER Parteipolitik. Am Ende hebt sie die „mutigen Menschenrechtsverteidigerinnen und Journalisten, von NGOs und Seenotretter“ besonders hervor. Ja, es gibt einige wenig, die völlig selbstlos helfen. In der Breite übersieht sie dabei geflissentlich, dass die weltweit agierenden Schlepperorganisationen Hand in Hand auch mit den so gelobten „Seenotrettern“, ohne die das nicht funktionieren würde, zusammenarbeiten. Damit aber spielt sie dem weltweit einträglichsten Geschäft des Menschenhandels in die Hände. Ob aus Naivität, Vorsatz oder Dummheit sei dahingestellt.

Bereits im ersten Kapitel „Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung 2023-2024“ wird zudem erschreckend und beunruhigend deutlich, dass sich die Bundesregierung von einer wesentlichen Grundlage unserer Verfassung abgewendet hat.

Unser Grundgesetz verlangt und garantiert „Gleichberechtigung“. Diese grundgesetzliche Forderung wird durchgängig im gesamten Bericht ignoriert und bewußt durch die Formulierung „Gleichstellung“ ersetzt. Wobei die Gleichstellung nach willkürlich ausgewählten Personengruppen eingefordert wird. Mit diesem, unseren eigenen Grundrechten widersprechenden Paradigmenwechsel, will sie nicht nur in Deutschland, sondern „weltweit eintreten“, wie sie schreibt. Besonders hervorgehoben wird zudem, dass die deutsche Entwicklungspolitik zukünftig feministisch ausgerichtet sein wird. Damit aber widerspricht sich die Bundesregierung selbst. Denn das einleitende Grußwort der Bundesministerin des Auswärtigen hebt richtig hervor, dass die Würde des Menschen - also eines jeden, unabhängig vom Geschlecht - unantastbar ist. Wer anschließend aber betont, dass jetzt Außen- und Entwicklungspolitik unter dem Diktum des Feminismus betrieben werden, ignoriert die Würde eines jeden anderen Menschen.

Insofern muss sich die Bundesregierung fragen lassen, ob sie sich zum 75. Jubiläum der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht peinlicherweise selbst von dieser abgewendet hat.

Es ist aber begrüßenswert, dass sich die Bundesregierung in diesem Kapitel dafür ausspricht, für die Rechte von Minderheiten und ihrer Sprachen einzutreten. Unverständlich bleibt allerdings, dass von den in Deutschland lebenden nationalen Minderheiten ausschließlich die deutschen Sinti und Roma benannt sind, aber weder die Friesen, Dänen oder Sorben. Es gibt auch keinen Hinweis auf die in anderen Ländern lebenden deutschen Minderheiten und deren Rechte - wie z.B. in Polen - und deren derzeit nicht ganz einfache Situation.

In diesem Zusammenhang war es peinlich, zu erleben, dass die Minister Habeck und Özdemir in Gesprächen mit Vertretern eines südamerikanischen, indigenen Volkes diese wie geistig Minderbemittelte behandelt haben. Forderungen in diesem Bericht und umgesetzte Politik zeigen damit ein deutliches Auseinanderklaffen.

Es ist im übrigen atemberaubend zu lesen, dass es für die Bundesregierung kein Themenfeld gibt, für das sie sich nicht weltweit einsetzen will. Von der Toilettenversorgung, über Covid-Impfstoffe, Feminismus bis hin zu Standards für angemessenes Wohnen. Wobei sie in der Entwicklungszusammenarbeit Initiativen und Programme sogar aktiv unterstützen will, die die Verwirklichung des Rechts auf angemessenes Wohnen zum Ziel haben.

Man muss den Eindruck gewinnen, dass der Bundesregierung ein Blick auf den Globus und unsere eigene „Größe“ gut tun würde. Schafft sie es doch nicht einmal, die Wohnungsversorgung in unserem kleinen Deutschland sicherzustellen.

Im Kapitel Menschenrechte in Deutschland widmet sich der Bericht ausgiebig den Migranten und deren Rechte in Deutschland. Es ist darin völlig aus dem Blickfeld verschwunden, dass Deutschland über das erforderliche humane Maß hinaus Leistungen erbringt, die als Pullfaktoren Migranten zwangsläufig anlocken müssen. Was zur Folge hat, dass landauf, landab die Städte und Gemeinden längst an ihre Aufnahmekapazitäten gekommen sind und unter den ihnen aufgebürdeten Lasten ächzen. Das bedroht den inneren Frieden in Deutschland.

Natürlich fehlt im Deutschlandkapitel auch nicht der Hinweis auf den Klimawandel, der zum Menschenrechtsthema erklärt wird. Dabei versteigt sich der Bericht dazu, die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 ausgiebig als Folge des Klimawandels hinzustellen. Derartige Fluten mit Toten hat es bereits im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegeben. Und die größte Flutkatastrophe ereilte 1342 mit der Magdalenenflut halb Europa. Die vielen Toten im Ahrtal hat es durch das sträfliche Eigenverschulden von Politik und Behörden gegeben.

Es werden nahezu alle Lebensbereiche in Deutschland aufgeblättert. Allerdings werden dabei keinerlei Defizite angesprochen, sondern in peinlicher Selbstbeweihräucherung eine Vielzahl an Programmen und Initiativen vorgestellt, die aber keinerlei substantielle Folgen für die elementaren Menschenrechte bringen.

Die unveräußerlichen bürgerlichen und politischen Rechte werden wie eine Standarte vorangetragen. Dabei wird aber realitätsfern nirgendwo aufgezeigt, dass diese auch in Deutschland inzwischen defizitär sind. Angriffe auf Kirchen, zahllose rechtsradikale Accounts des Bundesamtes für Verfassungsschutz, über die Hetze und Rassismus im Land verbreitet wird, der Druck auf die Freiheit und Lehre von Forschung an diversen Universitäten, kommen nicht vor.

Deshalb sei hier angemerkt, dass Strafverfahren oft viele Monate, ja Jahre unbearbeitet bei Gericht liegen, und dass Recht vielfach mit zweierlei Maß gemessen wird. Wobei Delikte, wenn es um Geld geht (insbesondere Steuerhinterziehung), zumeist hart geahndet werden, aber schwerste Körperverletzungen und Vergewaltigung zu häufig nur mit Bewährungsstrafen davonkommen. Im 175. Jahre der Frankfurter Paulskirchenverfassung und der deutschen Revolution von 1848/49 muß leider inzwischen registriert werden, dass die seinerzeitigen Rufe nach Meinungsfreiheit auch heute wieder aktuell sind.

Wenn die Bundesregierung ein Denunziationsportal einrichtet, um nicht strafbare Aussagen, die aber nicht ins Konzept der Regierung und des Zeitgeistes passen, dennoch zu registrieren, so ist das zutiefst beunruhigend. Und wenn Kritik an der Regierung vom weisungsgebundenen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz als unzulässige Delegitimierung des Staates eingeordnet wird, dann muss man mit Fug und Recht feststellen, dass es mit den elementaren Menschenrechten auch in Deutschland nicht zum Besten steht, denn das ist ein Generalangriff auf die Meinungsfreiheit.

Wenn zudem in Deutschland - nicht in Nordkorea - einer legitimen Partei, wie der nicht verbotenen AfD und auch deren politischer Stiftung, selbstverständliche Rechte vorenthalten werden, so ist das ein Angriff auf unsere freiheitliche Demokratie und ihren Parlamentarismus.

Dieses Vorgehen ist weder Menschenrechtskonform noch demokratisch, sondern ein Fanal, dass unsere hart errungene Demokratie schweren Schaden genommen hat und in ihren Grundfesten beschädigt ist.

Auch von einer freien Presse kann in Deutschland nur noch bedingt gesprochen werden. Die großen Medien werden vom Staat mit teuren Anzeigen gefüttert, sofern sie weitgehend Regierungskonform berichten. Und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten werden ohnehin durch die politischen Parteien direkt oder indirekt gesteuert.

Auch ein weiterer Indikator freiheitlicher Demokratien, das Versammlungsrecht, ist inzwischen zu häufig notleidend. Ganz unterschiedlich wird damit umgegangen. Strafrechtlich relevante Klebeaktionen auf Hauptverkehrsadern werden vom Verfassungsschutzpräsidenten quasi legitimiert, wohingegen sich offiziell angemeldete Demonstrationen Drangsalierungen und Stigmatisierung ausgesetzt sehen, sofern sie gegen den politischen Grundkurs gerichtet sind.

Diese bedenklichen Entwicklungen im Inneren unseres eigenen Landes werden auch nicht ansatzweise in den 283 Seiten angerissen. Lieber deutet man auf andere Länder.

Das letzte Kapitel dieses Berichtes widmet sich einzelnen Ländern rund um den Globus. In den aufgeführten Staaten steht es mit den Menschenrechten tatsächlich nicht zum Besten.

Bemerkenswert sind aber die Lücken in dieser Auflistung. Weder Indien noch Saudi-Arabien finden sich beispielsweise in dieser Liste, obwohl es in diesen und auch weiteren, ungenannten Ländern durchaus beklagenswerte Menschenrechtsdefizite gibt. Hier hat offenkundig nicht die deutsche Besserwisserei und das Denken, dass am deutschen Wesen die Welt genesen soll gesiegt, sondern ganz praktische, wirtschaftliche Überlegungen haben zu zweierlei Maß geführt.

Summa summarum:

Dieser Bericht weist Ungereimtheiten, gewollte Lücken und eine Mißachtung unserer Grundwerte in einer selbstgerechten Darstellung auf.